



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidg. Department für auswärtige
Angelegenheiten EDA
Bereichssekretariat Ostzusammenarbeit

Francoise.Panizzon@eda.admin.ch

Basel, 11. März 2015

Regierungsratsbeschluss vom 10. März 2015

Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat Burkhalter
Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. Dezember 2014 haben Sie die Kantonsregierungen zur Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas um Stellungnahme gebeten.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt äussert sich wie folgt zu Ihren Fragestellungen:

- Der Kanton Basel-Stadt befürwortet eine Verlängerung der Rechtsgrundlage der Transitionszusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas im Rahmen der Gesetzesvorlage.
- Der Kanton Basel-Stadt befürwortet eine Verlängerung der Rechtsgrundlage des Schweizer Beitrags zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU im Rahmen der Gesetzesvorlage.
- Der Kanton Basel-Stadt befürwortet eine Befristung einer verlängerten Gesetzesvorlage bis Ende 2024.
- Der Kanton Basel-Stadt befürwortet die Überführung der Transitionszusammenarbeit (ohne den Erweiterungsbeitrag) ab 2025 unter das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin